

### Sprechzettel

#### **1. Antrag der Fraktion der FDP**

„Für einen qualitativ hochwertigen und gut ausgebauten Nahverkehr mit effizienten und transparenten Strukturen“

#### **2. Bitte aus der 7. Sitzung, die Landesregierung möge zur geplanten Höhe der Landesmittel zur Beteiligung an den ÖPNV-Kosten im Haushalt 2023 berichten**

Befassung im Wirtschafts- und Digitalisierungsausschuss am 18.01.2023

- Ziel der Landesregierung ist es, die Mobilitätswende beschleunigt voranzutreiben und dazu den ÖPNV im Land weiter auszubauen.
- Derzeit ist eine auskömmliche Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs in Schleswig-Holstein jedoch nicht sichergestellt. Dies gilt sowohl für den SPNV als auch – nach Aussagen der Kreise und kreisfreien Städte – für den übrigen ÖPNV.
- Damit ist nicht nur der Ausbau des ÖPNV zur Erreichung der Mobilitätswende gefährdet, sondern auch die Bestandsverkehre.
- Grund für das **Finanzierungsdefizit** im öffentlichen Nahverkehr sind u.a. auch die steigenden Energie- und Personalkosten in Folge des Ukraine-Krieges. Gleichzeitig fallen durch die Einführung des Deutschlandtickets Fahrgeldeinnahmen weg, die durch Bund und Länder ausgeglichen werden müssen.
- Das Land hatte sich daher auf Bundesebene dafür eingesetzt, dass die Regionalisierungsmittel entsprechend erhöht werden.
- Ursprünglich hatten die Länder – neben der Ko-Finanzierung des Deutschlandtickets - eine RegM-Erhöhung um jährlich zusätzlich 1,5 Mrd. € für den Ausbau des ÖPNV bis 2030 gefordert. Aufgrund der steigenden Kosten infolge des Ukraine-Krieges wurden zusätzlich 1,65 Mrd. € / Jahr gefordert.
- Für Schleswig-Holstein hätte dies 2,799 Mrd. Euro zusätzlich bedeutet. Selbst ohne den Ausgleich der Kostensteigerungen hätte das Land mit ca. 2,295 Mrd. € rechnen dürfen. Das hätte für die Finanzierung der Bestandsverkehre sowie des LNVP vollständig ausgereicht.
- Tatsächlich hat der Bund die Regionalisierungsmittel aber nur um 1 Mrd. € aufgestockt und die Dynamisierung von 1,8 auf 3 % angehoben.
- Für Schleswig-Holstein sind das 582,43 Mio. € zusätzliche Regionalisierungsmittel bis 2030 zu wenig, um die Bestandsverkehre und den Ausbau bis 2031 zu finanzieren.
- Dafür benötigt das Land nach Schätzung der NAH.SH ca. 1 Mrd. € bis 2031.
- Die **Finanzierung der ÖPNV** erfolgt aus RegM sowie ergänzenden Landesmitteln.
- Hauptpfeiler der SPNV/ÖPNV-Finanzierung sind die Regionalisierungsmittel des Bundes.

- Und das ist auch richtig so: 1996 wurde im Zuge der Bahnstrukturreform die Aufgaben- und Finanzverantwortung für ÖPNV, insbesondere den SPNV, den Ländern zugeordnet. In Art. 106a GG ist festgeschrieben, dass den Ländern aus dem Steueraufkommen des Bundes ein Betrag für den ÖPNV zusteht.
- Das Nähere ist im Regionalisierungsgesetz (RegG) geregelt. Nach § 6 Abs. 1 Satz 1 RegG sind die Regionalisierungsmittel insbesondere für den SPNV einzusetzen.
- Dem Land Schleswig-Holstein stehen in 2023 Regionalisierungsmittel in Höhe 358,9 Mio. € zu. Hinzu kommen ca. 50 Mio. € für die bundeseitige Finanzierung des Deutschlandtickets.
- Das Land gibt aber auch regelmäßig **Landesmittel** dazu:
  - Mittel der ÖPNV-Kommunalisierung an die ÖPNV-Aufgabenträger gemäß ÖPNV-Finanzierungsverordnung, ca. 40 Mio. € zur Ko-Finanzierung der Busverkehre
  - Mittel zur Förderung von ÖPNV-Maßnahmen aus GVFG-SH, ca. 16,4 Mio. €, vor allem für Investitionsprojekte der Verkehrsunternehmen und der Kommunen
  - Mittel zur Fahrgelderstattung für die unentgeltliche Beförderung Schwerbehinderter im ÖPNV, ca. 9,5 Mio. €
  - Mittel aus IMPULS für die Finanzierung von SPNV-Projekten (S4, S21, Elektrifizierung Marschbahn), ca. 20 Mio. €
- Dazu kommen in diesem Jahr:
  - Mittel zur Ko-Finanzierung des Deutschlandtickets, ca. 50 Mio. €
  - Mittel zur Ko-Finanzierung des Projektes SMILE24, 7,5 Mio. €
- Wir gehen außerdem davon aus, dass wir zum Ausgleich der steigenden Energiekosten im SPNV auch auf Mittel aus den Ukraine-Notkrediten des Landes zurückgreifen können.
- Unter Berücksichtigung dieser Mittel ergibt sich dann ein Landesanteil von ca. 30 % an der Finanzierung des ÖPNV in SH (ausgenommen die Beiträge der kommunalen Aufgabenträger).
- Dennoch ergibt sich auch für 2023 voraussichtlich ein Finanzierungsdefizit von Höhe von knapp 60 Mio. €, das über eine Entnahme aus MOIN.SH gedeckt werden soll. In den Folgejahren ist zum Teil mit höheren Defiziten zu rechnen, so dass MOIN.SH bereits 2025 abgeschmolzen sein könnte.
- Daher sind wir derzeit im engen Austausch mit dem Finanzministerium und der NAH.SH und prüfen, wie die Finanzierungslücke reduziert werden kann.
- Dazu werden wir uns in diesem Jahr auch den **LNVP** noch einmal näher anschauen, die **Priorisierung** und ggf. weitere Maßnahmen überprüfen und mit Blick auf die Finanzierung bewerten.
- Dieser Prozess ist ähnlich aufwendig wie die Erstellung des LNVP selbst und wird daher einige Zeit in Anspruch nehmen.
- Gleichzeitig setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass im Rahmen des **Ausbau- und Modernisierungspaktes** weitere Regionalisierungsmittel in Aussicht gestellt werden.
- Laut MPK-Beschluss vom 02.11.2022 soll über die weitere Entwicklung der Regionalisierungsmittel und des Deutschlandtickets für die Zeit ab 2025 erst Ende

2024 gesprochen werden. Das wäre für uns deutlich zu spät. Wir benötigen möglichst frühzeitig in diesem Jahr Planungs- und Finanzierungssicherheit für die Jahre ab 2025. Dafür werden wir uns im Rahmen des Ausbau- und Modernisierungspaktes einsetzen.

- Der Ausbau- und Modernisierungspakt soll voraussichtlich auf der Frühjahrs-VMK am 22./23.03.2023 gezeichnet werden.
- Der Ausbau- und Modernisierungspakt enthält sechs strategische Ziele, um den ÖPNV im gesamten Bundesgebiet attraktiver und nutzerfreundlicher zu gestalten. Dazu gehören
  - der Angebotsausbau,
  - eine moderne Infrastruktur und Flotte,
  - die Stärkung einer ÖPNV-Kultur,
  - Attraktive Tarife,
  - eine transparente, auskömmliche Finanzierung
  - und die zunehmende Digitalisierung des ÖPNV.
- Hinter diesen Zielen steht das Land Schleswig-Holstein ausdrücklich.
- Vor allem im Bereich der Tarifstruktur und der wettbewerblichen Vergabe ist Schleswig-Holstein zusammen mit der NAH.SH bereits sehr gut aufgestellt.
- Im Bereich des Angebots gibt es in Schleswig-Holstein aber noch Nachholbedarf, vor allem in den ländlichen Gebieten.
- Mit dem vom Bund und dem Land geförderten Projekt SMILE24 machen das Land und die NAH.SH zusammen mit den Kreisen Rd-Eck- und SI-FI einen wichtigen Schritt zur Schließung der Angebotslücken im ländlichen Raum, insbesondere durch Ausweitung der On-Demand Verkehre.
- Mit dem Deutschlandticket wird voraussichtlich auch die Nachfrage nach ÖPNV-Leistungen zunehmen, so dass das Angebot in der Fläche entsprechend ausgeweitet werden muss.
- Wie der Ausbau finanziert werden kann, ist jedoch noch offen und wird auch Gegenstand einer Abstimmung mit den Kreisen und kreisfreien Städten im Frühjahr sein.
- Das Deutschlandticket wird zu einer Neuorientierung des ÖPNV im gesamten Bundesgebiet führen.
- Das Ticket wird sich insbesondere auf die Tariflandschaft und damit auch auf bestehende Erfolgsprodukte wie dem Semesterticket oder dem Jobticket auswirken. Zusammen mit den anderen Bundesländern arbeitet Schleswig-Holstein daran, die Erfolge dieser beiden Tickets sinnvoll mit dem Deutschlandticket zu verknüpfen.
- Das Deutschlandticket stellt einen Systemwechsel in der ÖPNV-Finanzierung dar. Bislang fehlen uns die Erfahrungen, wie die Fahrgäste auf ein solches Angebot auf Dauer reagieren werden. Wir werden die Auswirkungen des Deutschlandtickets also im Laufe des Jahres beobachten und unsere ÖPNV-Strategie ggf. an die Entwicklungen anpassen müssen.
- Daher haben Sie bitte Verständnis, dass wir noch nicht auf jede Frage eine Antwort haben können.
- Seien Sie aber gewiss, dass wir zusammen mit der NAH.SH unter Hochdruck daran arbeiten, die anstehenden Herausforderungen zu bewältigen.
- Selbstverständlich werden wir Sie diesbezüglich auf den Laufenden halten.